



Pressemitteilung

Kiel/Bonn, den 07.11.2016

Keine sinnlose Videoüberwachung

Die Deutsche Vereinigung für Datenschutz e.V. und das Netzwerk Datenschutzexpertise lehnen den Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern vom 2.11.2016 zur Erleichterung von Videoüberwachung ab.

Beide Organisationen bemängeln, dass die geplante Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte Betroffener vorsieht, die privaten Betreiber von Videoanlagen zu polizeilichen Hilfsdiensten heranziehen will und eine unangemessene Beeinflussung der aufsichtsbehördlichen Bewertung von Videoüberwachungsanlagen beabsichtigt.

Eine ausführliche Begründung findet sich in der Stellungnahme, die hier abgerufen werden kann:

<https://www.datenschutzverein.de/pressemitteilungen>

<http://www.netzwerk-datenschutzexpertise.de/publikationen>

Ansprechpartner Deutsche Vereinigung für Datenschutz e.V.

Werner Hülsmann

Tel. 030/22 43 84 36

Mobil 0177/28 28 681

Mail huelsmann@datenschutzverein.de

www.datenschutzverein.de

Ansprechpartnerin Netzwerk Datenschutzexpertise

Karin Schuler

Tel. 0228/24 20 733

Mail schuler@netzwerk-datenschutzexpertise.de

www.netzwerk-datenschutzexpertise.de